

Heute ist ein wichtiger Tag für die europäische Einheit.

Heute Morgen war Präsident Selenskyj im Europäischen Parlament zu Gast – ein wahres Beispiel für die Tapferkeit, den Mut und die Widerstandsfähigkeit des ukrainischen Volkes. Präsident Selenskyj sprach vor unserem Plenum, doch seine Worte hallten in ganz Europa wider. Seine Worte sandten eine starke Botschaft der Einheit und eine Erinnerung daran aus, dass es beim Kampf um die Ukraine nicht nur um die Verteidigung eines Landes geht, sondern auch um die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte.

Bald jährt sich Russlands Invasion der souveränen und unabhängigen Ukraine zum ersten Mal. Wir können stolz auf unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem ukrainischen Volk sein.

Doch der Krieg in der Ukraine dauert an. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Kriegsmüdigkeit einstellt – denn das ist es, was sich der Kreml erhofft. Er will unsere Systeme und unsere Geduld auf die Probe stellen.

Die Ukraine benötigt immer noch weitere Unterstützung.

Die Ukraine benötigt Waffen. In der nächsten Kriegsphase, die nun beginnt, wird noch mehr schweres Gerät benötigt. Wir müssen prüfen, ob wir Panzer, Jets und Langstreckenverteidigungssysteme zur Verfügung stellen können, und diesbezüglich schnell handeln. Für Gleichgültigkeit ist keine Zeit.

So können wir dazu beitragen, dass bald wieder Frieden herrscht. Frieden in Würde. Frieden in Freiheit. Frieden in Gerechtigkeit.

Die Ukraine ist Europa. Im vergangenen Jahr haben wir den historischen Beschluss gefasst, der Ukraine und der Republik Moldau den Status von Bewerberländern zu gewähren. Dies war nicht nur ein symbolischer Akt, sondern ein klares Bekenntnis dazu, dass die Ukraine ihren Platz in der Europäischen Union hat. Wir müssen dazu bereit sein, unseren Worten Taten folgen zu lassen. Die Ukraine hat in bemerkenswerter Geschwindigkeit Reformen umgesetzt. Und ich bin zuversichtlich, dass die Beitrittsverhandlungen bald beginnen können – vorausgesetzt, die Ukraine erfüllt alle erforderlichen Kriterien.

Im vergangenen Jahr haben wir auch unter Beweis gestellt, dass wir die Herausforderungen, die mit großen Migrationsbewegungen einhergehen, gemeinsam meistern können. Wir haben gezeigt, dass wir dazu in der Lage sind.

Jahr für Jahr, Wahlperiode für Wahlperiode stellt uns das Thema Migration erneut vor Herausforderungen, doch bisher ist es uns nicht gelungen, uns auf eine langfristige, tragfähige Herangehensweise zu einigen.

Ich weiß, dass es für uns alle verlockend ist, hier im Alleingang zu handeln. Autokraten wissen das. Zyniker zählen darauf. Doch ganz besonders in diesen schwierigen Zeiten müssen wir dieser Verlockung widerstehen.

Ich möchte eines besonders hervorheben: Es gibt Herausforderungen, die wir auf europäischer Ebene angehen müssen. Und auch, wenn diese Herausforderungen komplex und vielschichtig sein mögen, können wir – wie bereits in der Vergangenheit geschehen – Einigungen erzielen, die weit über das Hier und Jetzt hinausgehen.

Mit dem Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl haben wir bereits einen Plan:

- In letzter Zeit wurde viel über die Stärkung unserer Außengrenzen diskutiert – und dies zu Recht. Aber wir sollten nicht vergessen, dass wir bereits damit beginnen können, die Probleme in diesem Bereich anzugehen, während wir zugleich die Integrität des Schengen-Raums wahren können – nämlich mit einer Vereinbarung über die Asylverfahrensverordnung und über das Screening.
- Wir haben darüber gesprochen, die Probleme in Bezug auf Sekundärmigration und wirksame Solidarität zu lösen. Doch diese Probleme können mit Vereinbarungen über Eurodac und über die Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement gelöst werden.
- Und wir haben auch über die externe Dimension und über unsere Bemühungen in Bezug auf wichtige Drittländer gesprochen. Und dieses Thema ist bereits in der Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement abgedeckt. Wir müssen hier auch mehr über Rückführungen sprechen. Zu wenige Menschen, die sicher rückgeführt werden sollten und könnten, kehren auch tatsächlich in ihre Herkunftsländer zurück. Dies kann der Öffentlichkeit nur schwer

vermittelt werden. Hier gibt es Potenzial für Verbesserungen. Wir können sicherstellen, dass unsere Ressourcen für diejenigen eingesetzt werden, die sie am meisten benötigen.

- Der Migrationspakt kann aber auch noch über all dies hinausgehen. Er ist so umfassend, dass er auch Krisensituationen, höhere Gewalt und andere unvorhergesehene Umstände abdeckt.

Darum müssen wir unser Augenmerk darauf richten, die Reform des Rechtsrahmens für Asyl und Migration noch vor dem Ende dieser Wahlperiode abzuschließen.

Dies ist das Versprechen, das das Europäische Parlament und die fünf turnusmäßig wechselnden Ratsvorsitze den europäischen Bürgerinnen und Bürgern letzten September gegeben haben. Jegliche Debatte, die außerhalb dieses Rahmens geführt wird, wird nur dazu führen, dass diese Reform hinausgezögert oder gar verhindert wird.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Verhandlungen zwischen den beiden gesetzgebenden Organen müssen in den kommenden Monaten aufgenommen werden, damit genug Zeit bleibt, um das richtige Gleichgewicht und einen Ansatz zu finden, der menschlich und fair gegenüber Schutzsuchenden, konsequent gegenüber nicht Anspruchsberechtigten und rigoros gegenüber denjenigen ist, die die schutzbedürftigsten Menschen auf unserem Planeten ausbeuten.

Und Sie wissen so gut wie ich, dass die Migration nur eine der Herausforderungen ist, denen Europa derzeit gegenübersteht. In dieser Zeit globaler Instabilität, die geprägt ist von hoher Inflation und hohen Energiepreisen, einer angeschlagenen Industrie und für Privathaushalte kaum mehr bezahlbaren Kosten, müssen wir auf unser wichtigstes Gut setzen.

Dieses Jahr feiern wir das dreißigjährige Bestehen unseres Binnenmarktes. In diesen dreißig Jahren hat dieser mehr Chancen für die Menschen im Allgemeinen, für Unternehmen und Verbraucher hervorgebracht, als wir uns je hätten vorstellen können. Die Tatsache, dass wir über den größten *demokratischen* Binnenmarkt der Welt verfügen, hat unseren Einfluss weltweit gestärkt. Und dies auch in Zeiten, in denen unsere europäische Handlungsweise infrage gestellt wird. Wir setzen immer noch weltweit Standards. Weil die

anderen wissen, dass unser Modell der offenen Gesellschaften und offenen Märkte funktioniert.

Europa hat weit mehr zu bieten, als wir uns selbst zugestehen.

Darauf können wir aufbauen. Wir sollten Investitionen in Europa beschleunigen, damit die europäische Wirtschaft wieder stabil wächst und wir noch wettbewerbsfähiger werden. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden – es sind immer noch Mittel im Rahmen von NextGenerationEU verfügbar. Zugleich sollten wir den Mehrjährigen Finanzrahmen überarbeiten und dabei Mittel auf Bereiche umverteilen, die zu dem Zeitpunkt, als wir den MFR verhandelt haben, noch nicht von so großer Bedeutung waren.

Vergangene Woche erst gab es Berichte darüber, dass Energie- und Elektrizitätsunternehmen 2022 Rekordgewinne erzielt haben. Wir sollten daher nun intensiver denn je auf eine Übergewinnsteuer hinarbeiten.

Mir ist bewusst, dass hierzu bereits eine Entscheidung getroffen wurde, aber wenn man sieht, dass ein einziger Energiekonzern zusätzliche Einnahmen von rund 40 Milliarden Euro erzielt, während Bürger und Unternehmen unterstützt werden müssen, dann ist in meinen Augen offensichtlich, dass immer noch zu viele durch das Raster fallen.

Jüngsten Prognosen zufolge wird die Europäische Union in den nächsten fünf Jahren mehr Energie aus erneuerbaren Quellen bereitstellen können als in den vergangenen zwanzig Jahren. Die Notwendigkeit dieses Übergangs darf nicht als Bedrohung wahrgenommen werden, sondern muss als Chance verstanden werden.

Heute Morgen hat das Parlament seinen Standpunkt zur EU-Gasverordnung und zum letzten großen Dossier des Pakets „Fit für 55“ – der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden – angenommen. Wir befinden uns also auf der Zielgeraden, was die Vorbereitung des Rechtsrahmens für den Übergang angeht, auf den wir uns im Europäischen Klimagesetz verständigt haben.

Wir sollten als Europäische Union versuchen, uns weltweit einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, indem wir auf unsere demokratischen Werte bauen und unsere Klimaschutzagenda mithilfe unseres maßgeschneiderten Rechtsrahmens weiterverfolgen.

Und dabei gilt immer noch, was ich bereits im Dezember gesagt habe: Wir dürfen uns nicht auf einen protektionistischen Wettlauf einlassen. Wir müssen uns nicht abschotten. Unsere Wirtschaft ist über die Jahre genau deshalb gewachsen, weil wir für das Gegenteil eingestanden sind.

Unsere Herangehensweise funktioniert.

Dies gilt auch für unser Streben nach mehr Integrität, Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht unserer Organe und Einrichtungen. Diesbezüglich freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir gestern erste Maßnahmen angenommen haben, und ich bin zuversichtlich, dass wir in Zukunft wieder mehr Vertrauen in das Parlament und in unser Projekt schaffen können.

Zum Abschluss möchte ich noch ein paar Dankesworte an Nicos Anastasiades richten, der nach zehn Jahren als Präsident Zyperns aus seinem Amt ausscheiden wird. Vielen Dank für Ihren Einsatz für unser europäisches Projekt und für den Frieden und für alles, was Sie in den letzten zehn Jahren für die Stabilität in Ihrer Region getan haben. Ihr Nachfolger tritt in große Fußstapfen.

Dankeschön!